

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 20.01.2022 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Nadine Walbrach

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Detlef Schlüpen

Herr Felix Thier

Herr Philipp Maaßen

Herr Michael Pfahler

Herr Jens Wylegalla

in Vertretung v. Herrn Peter Dunkel

in Vertretung v. Herrn Edgar Leisten

in Vertretung v. Herrn Hans-Georg Nerlich

Sachkundige Einwohner

Frau Anna-Sara Buchheim

Frau Christiane John

Herr Michael Müller

Herr Christian Quade

Verwaltung

Herr Johannes Ferdinand

Herr Siegmund Trebschuh

Herr Karsten Dornquast

Frau Birgit Kaminski

Beigeordneter und Leiter Dezernat I

Leiter Dezernat IV

Leiter des Amtes f. Bildung u. Kultur

Fachkoordinatorin Sportmanagement

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jan Bartoszek

Herr Peter Dunkel

Herr Edgar Leisten

Herr Hans-Georg Nerlich

Frau Gertraud Rocher

Sachkundige Einwohner

Frau Jeanette Averhaus
Frau Martina Christ

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2021
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Vorstellung des Projektes "Karriere Kick"
- 7 Information zur Schulentwicklungsplanung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses, **Frau Walbrach**, eröffnet die 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport und wünscht allen ein gesundes neues Jahr.

Sie teilt mit, dass die Tagesordnung geändert werden soll. Die Machbarkeitsstudie für die Schülerbeförderung kann nicht vorgestellt werden, da zu einigen Punkten noch Klärungsbedarf besteht. Daher soll der Pkt. 8 der Tagesordnung entfallen.

Die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig** angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2021

Die Niederschrift wird bei zwei Enthaltungen bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dornquast erklärt, der TOP 8 wurde in der Gewissheit auf die Tagesordnung gesetzt, dass vom beauftragten Büro rechtzeitig die Machbarkeitsstudie zur Verfügung gestellt wird. An der Vorstellung des 1. Entwurfes der Studie haben Herr Trebschuh, Herr Ferdinand, Vertreter des Unternehmens und er teilgenommen. Er berichtet, die Studie hat in der Präsentation einen professionellen Eindruck hinterlassen. Entscheidende Fragen wurden aber nicht in der gewünschten Tiefe und im Umfang beantwortet. Die Verwaltung erwartete detailliertere Angaben. Unter anderem sind Kostenfaktoren wie das Errichten zusätzlicher Haltestellen und die Beschaffung von Bussen nicht so betrachtet worden wie erwartet. In der Studie wurde auch festgestellt, dass der Zugang auf die schülerbezogenen Daten mangels gesetzlicher Grundlage für die Verwaltung fast nicht möglich ist. Die Kommunen wurden um Unterstützung gebeten, sie kamen aber nur teilweise der Bitte nach. Abschließend berichtet Herr Dornquast, dass er es nicht für sinnvoll hielt, heute diese Studie vorzustellen, da noch einige Fragen zu beantworten sind. Es liegt aber die Zusage vom beauftragten Unternehmen vor, in der nächsten planmäßigen Sitzung des Ausschusses im April die Studie vorzustellen. Aus Sicht von Frau Walbrach sollte erst einmal eine Diskussion erfolgen, bevor man sich aus den Fraktionen heraus für eine Variante entscheidet. Herr Dornquast sagt zu, dass die Verwaltung alles möglich machen wird, um die Studie beim nächsten Mal dem Protokoll beizufügen. Er bittet zu entschuldigen, dass das beauftragte Büro die interne Vorstellung der Studie zum einen coronabedingt und auch vom Prozess bedingt so knapp vornahm.

Für **Herrn Thier** klingt das als fehlend Geschilderte umfangreich. Er fragt, ob es evtl. eine Nachfinanzierung bedeutet, was er bemängeln würde.

Herr Dornquast erklärt, es gab eine Ausschreibung mit einem Leistungsverzeichnis. Bei der Vorstellung des Unternehmens sind diese Kriterien bestätigt worden. Er geht nicht davon aus, auch wurde es nicht angekündigt, dass mehr Kosten auf den Landkreis zukommen.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Fragen fest und beendet den TOP.

TOP 6

Vorstellung des Projektes „Karriere Kick“

Frau Walbrach stellt Julian Siebert vor, der den Karriere Kick ins Leben gerufen hat, durch den auf eine ganz neue Art und Weise die Schüler*innen aus unseren Schulen mit zukünftigen Arbeitgebern in Verbindung gebracht werden. Sie übergibt Herrn Siebert das Wort.

Herr Siebert bedankt sich für die Einladung und stellt sich vor. Er unterstützt die regionalen Schüler*innen bei der Berufsorientierung, was er durch ein Video verdeutlicht. Bildung, Kultur und Sport haben aus seiner Sicht als Gemeinsamkeit die Begegnung, wodurch sich Dinge bewegen lassen, die sonst nicht zustande gekommen wären. Er führt weiter aus, der Landkreis Teltow-Fläming verfügt über eine starke Wirtschaft und steht damit bundesweit auf Platz 20, was vielen Schüler*innen nicht bekannt ist. Bei vielen Schüler*innen besteht das Problem, dass sie sich einen Ausbildungsplatz ganz woanders suchen, obwohl sie vor Ort gute Chancen gehabt hätten. **Herr Siebert** bedankt sich bei der Wirtschaftsförderung des

Landkreises Teltow-Fläming sowie der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, die sich trotz Corona von Anfang an bei der Unterstützung beteiligt und auch an dieses Format geglaubt haben. Bisher konnten coronabedingt nur die Oberschulen anvisiert werden. In diesem Jahr ist geplant, auch die Gesamtschulen, Gymnasien und Oberstufenzentren und weitere Institutionen zu kontaktieren und mit dem Konzept zu erreichen. Er bittet um Unterstützung beim besseren Erreichen der Städte und Gemeinden und bei der besseren Einbindung der Schulen sowie auch der Lehrkräfte und Eltern. Er meint, es darf nicht abhängig von einzelnen engagierten Lehrkräften der Schulen sein.

Herr Thier fragt, ob der Karriere Kick hier lediglich zur Kenntnis gegeben werden soll oder ob es das konkrete Anliegen an den politischen Raum gibt, aktiv zu werden.

Herr Siebert antwortet, sein Ziel war das Thema vorzustellen, da es ihm in diesem Rahmen noch nicht möglich war. Aber er möchte auch erfahren, inwieweit sich Unterstützung anfordern lässt.

Herr Trebschuh führt aus, als Wirtschaftsförderung versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten viel für die Berufsorientierung zu machen, z. B. das Netzwerk Schule-Wirtschaft. Er ist sehr froh, dass die Idee zum Karriere Kick entstanden ist und das Handwerk so engagiert mitgemacht hat. Es handelt sich um ein modernes Format. In dem gemeinsamen Spiel können schon Bindungen eines oder einer zukünftigen Auszubildenden mit einem Ausbildungsbetrieb entstehen. Der Landkreis hat diesen Karriere Kick unterstützt. Wenn die Initiative weiter besteht, wird er auf jeden Fall auch weiter unterstützen.

Herr Siebert ergänzt, es wurde auch eine eigene kostenfreie App entwickelt, sodass der jeweilige Schüler oder die Schülerin von zu Hause aus unabhängig von der Veranstaltung oder im Rahmen der Berufsorientierung nach einer Stellenausschreibung der Unternehmen schauen kann.

Herr Quade findet die Idee sehr innovativ. Er würde es auch begrüßen, wenn dieses Format in seinem Heimatort Ludwigsfelde vorgestellt würde, wo ein großer Gewerbeverein besteht.

Herr Siebert erklärt, es ist genügend Potential da, um in jeder Stadt einen Karriere Kick umzusetzen und alle regionalen Schulen mit den regionalen Unternehmen zusammenzubringen. Für den ersten Schritt sollte der Landkreis anvisiert werden.

Herr Trebschuh hat festgestellt, dass es in diesem Ausschuss Interesse an Berufsorientierung gibt. Daher bietet er an, in einer der nächsten Ausschusssitzungen die Berufsorientierung im Landkreis Teltow-Fläming durch den Landkreis vorzustellen.

Abschließend gibt **Frau Walbrach** den 6. Oktober 2022 als nächsten Termin für den Karriere Kick bekannt und bedankt sich bei Herrn Siebert für die Ausführungen.

TOP 7

Information zur Schulentwicklungsplanung

Herr Dornquast verweist auf die Unterlagen zum TOP, bei denen es sich um den Entwurf zur Schulentwicklungsplanung (SEP) handelt. Er informiert weiter, im Rahmen des Verfahrens sind die Benehmensherstellungsverfahren mit den Kommunen abgeschlossen, müssen aber inhaltlich noch vervollständigt werden. Aus den letzten Schulentwicklungsplanungen ist bekannt, dass es immer einen Disput zwischen den Kommunen und dem Landkreis gibt, welche Zahlen und statistische Erhebungen herangezogen werden. Das hat sich auch wieder in diesem Jahr gezeigt, insbesondere in den Bereichen, die im Norden liegen. Diese nördlichen Gemeinden und Städte und auch die

Stadt Luckenwalde sehen die Ansetzung der Zahlen durch den Landkreis als zu konservativ. **Herr Dornquast** weist darauf hin, dass der Landkreis nach dem Schulgesetz zur Heranziehung der statistischen Daten des Landesamtes für Datenverarbeitung verpflichtet ist. Der Stichtag für die Stichtagserhebung der Kommunen zu den Einwohnerzahlen und aus dem Zensus war der 31.12.2020. Er weist darauf hin, dass von der Schulverwaltung jegliche Planungsvorhaben der Kommunen nicht einsehbar sind. Sofern ein Bebauungsplan erstellt wird, der nicht vorhabenbezogen ist, ist dessen zeitliche Umsetzung offen. Er informiert weiter, der Zeithorizont für die SEP erstreckt sich immer auf die Prognose für fünf Jahre. Insofern hat der Landkreis die klare Maßgabe, den SEP jetzt für 2022 – 2027 zu machen. Die umfangreichen Unterlagen liegen den Kommunen vor, die speziell für ihre Bereiche die Zahlen geprüft haben. Nach den durchgeführten Videokonferenzen mit den Kommunen folgen noch individuell vereinbarte Termine zur Abstimmung. Es werden Unstimmigkeiten ausgeräumt und über die Prognoseberechnungen gesprochen. Er weist darauf hin, dass kein Einvernehmen hergestellt werden muss, sondern nur das Benehmen darüber. In zwei – drei Wochen wird mit den Kommunen die Feinabstimmung vorgenommen, wobei er auf Konsens hofft. Er geht davon aus, dass das zusammengestellte Planwerk am 07.04.2022 in diesem Ausschuss in die erneute Diskussion eingebracht wird. Nach diesem Termin werden die Mitwirkungsgruppen beteiligt. Der KT-Beschluss vor der Sommerpause ist die redaktionelle Zielstellung.

Herr Wylegalla begrüßt die Ausführlichkeit des Dokumentes. Er konnte den Unterlagen entnehmen, dass in Jüterbog trotz des hohen Bedarfes eine Kita aufgrund des baulichen Zustands geschlossen werden muss. Er fragt, warum die Kita nicht saniert wird.

Herr Ferdinand bestätigt, dass die Schließung der Kita ein Problem ist. Er erläutert, die Stadt Jüterbog hat mit einem Investor verhandelt. In der nächsten Sitzung des Kreistages wird unter dem TOP „Mitteilungen der Verwaltung“ von der Landrätin und der Sozialdezernentin mitgeteilt, dass der Landkreis als Träger der Jugendhilfe mit der Kommune dazu in Verhandlungen treten wird.

Herrn Wylegalla erscheinen die Prognosen für Ludwigsfelde als wesentlich zu konservativ. Die Zahlen zum Thema Zuzug kritisiert er deutlich.

Herr Dornquast führt aus, die Probleme der Kommunen, einerseits Zuzug zu ermöglichen und auf der anderen Seite die Schaffung der sozialen Infrastruktur, sind bekannt. Vertreter des Landkreises waren mit dem Bürgermeister, Herrn Igel, dem Staatlichen Schulamt und Vertretern der Stadt Ludwigsfelde in Ludwigsfelde im Gespräch, zu dem es noch einen Nachfolgetermin gibt. Die Probleme der Stadt Ludwigsfelde sind dem Landkreis bekannt. Die Stadt Ludwigsfelde leitet Schritte ein, um die Aufgaben zu bewältigen. Allein das Investitionsprogramm der Stadt für den Bereich Kita und Hortbetreuung ist immens. Auch die anderen Schulformen wie Förderschulen und im berufsbildenden Bereich sind betroffen.

Herr Quade schließt sich dem Statement von Herrn Wylegalla an und sieht die Darstellung der Zahlen für den nördlichen Bereich auch als sehr verhalten. Er verweist auf den öffentlich einsehbaren Bildungs- und Betreuungsbericht der Stadt Ludwigsfelde, der weitaus höhere Zahlen ausweist als die im Entwurf der SEP. Er bittet darum, die Berechnungen der Kommunen mehr zu würdigen. Als Vorsitzender des Kreisschulbeirates kann er bestätigen, dass die Zahlen im südlichen Bereich weitaus genauer sind als im Nordbereich. Beim nächsten Termin mit den Kommunen bittet er diese Hinweise zu berücksichtigen.

Herr Dornquast erklärt, er war über die Entwicklung in der Stadt Ludwigsfelde während der letzten drei Jahre auch überrascht. Er gibt zu bedenken, dass der Zuzug schlecht planbar ist. Er erinnert auch daran, dass die Mittelzentren mit der Aufnahme der neu Zugewanderten und Flüchtlinge einen Zuwachs an Kindern im Kita- bzw. Schulalter erhalten haben, der in der Planung nicht berücksichtigt war. Auch durch den BER und die Ansiedlung von Tesla

erhalten die Zahlen eine enorme Dynamik. Zurzeit wird geprüft, inwieweit in einigen Planungsregionen Abweichungen zugelassen werden. Es können aber keine Planungen der Kommunen berücksichtigt werden, die vorhaben, in einigen Jahren einen B-Plan aufzulegen. Auch muss beachtet werden, dass ein ausgewogenes Angebot an Schulformen in der Fläche vorhanden ist.

Frau Kaminski ergänzt die Ausführungen von Herrn Dornquast bezüglich der Würdigung der einzelnen Entwicklungen in den Kommunen. Sie kommt dem gern nach. Sie gibt aber zu bedenken, dass die SEP einen bestimmten Zeitraum abbildet und der Landkreis auch im Beteiligungsverfahren mit den Kommunen an bestimmte Terminketten gebunden ist. Bei erheblichen Veränderungen ist der Landkreis natürlich bereit, bei der SEP Änderungen vorzunehmen. Sie gibt zu bedenken, dass das Bearbeitungsverfahren und das Beteiligungsverfahren lange und aufwändige Verfahren sind. Die Genehmigungen müssen vor Schuljahresbeginn erfolgen.

Auf Nachfrage von **Frau Walbrach** erklärt **Frau Kaminski**, dass offiziell die Landeszahlen verwendet werden sollen. Es wurde aber festgestellt, dass die Landesstatistiker andere Methoden zur Datenermittlung anwenden. Aufgrund der Ungenauigkeit der Prognosezahlen hat sich der Landkreis mit den Kommunen verständigt, die kommunale Entwicklung der letzten 5 Jahre zu betrachten, weil da bereits die Zuzüge enthalten sind. Dann wird über die Gewichtung ein Wachstumsfaktor gebildet, mit dem der Durchschnitt erreicht wird.

Herr Wylegalla begrüßt die Information, dass der SEP geändert werden kann, da sich in Ludwigsfelde erhebliche Diskrepanzen ergeben haben. Er fragt, ob durch die Umwandlung der Oberschule in eine Gesamtschule Sozialarbeiterplätze weggefallen sind.

Herr Ferdinand ist nicht bekannt, dass wegen des Schulformwechsels die Sozialarbeit eingestellt worden wäre. Er bemerkt, es sollen auch den Gymnasien Sozialarbeiter zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schlüpen hat ein Problem mit der Bemerkung von Frau Kaminski, dass eine SEP immer eine Momentaufnahme abbildet und am Ende eine Entscheidung getroffen werden muss.

Frau Kaminski stellt klar, dass der Landkreis immer in den Gesprächen mit den Kommunen ist. Seine Aufgabe ist es, die Entwicklung der Schullandschaft zu begleiten.

Herr Schlüpen vermisst im SEP, dass eine Region wie im Süden Dahme und Baruth keine gymnasiale Oberstufe hat.

Frau Kaminski erklärt, die Landesplanung sieht die Einrichtung von Mittelzentren vor, die eine bestimmte Ausstattung haben. Dazu gehören Standorte für weiterführende Schulen. Grundschulen sollen auf kommunaler Ebene verbleiben. In Jüterbog gibt es eine gymnasiale Oberstufe.

Herr Schlüpen gibt zu bedenken, dass die Schüler*innen aus dem Raum Baruth und Dahme in ihrer ländlichen Region nicht zu einer gymnasialen Oberstufe gehen können, sondern z. B. nach Luckau oder Zossen fahren müssen. Er regt ein flexibleres Bildungssystem an, mit dem schneller auf die sich schnell ändernden Bedarfe reagiert werden kann. Für ihn bedeutet SEP, die Schullandschaft strukturell und im Detail zu entwickeln. Diesen Eindruck hat er bei dieser SEP nicht.

Herr Dornquast weist darauf hin, dass das Schulgesetz Grenzen vorgibt und erläutert die Voraussetzungen für die Errichtung einer Schule. Er führt aus, die SEP wird auch

durchgeführt, weil das Ministerium und das Staatliche Schulamt den Einsatz der Lehrkräfte planen müssen. Das hängt von der Errichtung der Schulen ab.

Für den Einzugsbereich Dahme wird aufgrund der Schülerzahlen das Ministerium unter den jetzigen gesetzlichen Voraussetzungen keine Genehmigung für eine Sekundarstufe 2 erteilen. Es gibt sehr rigorose Rahmenbedingungen. Das Ministerium prüft, dass über die SEP diese Rahmenbedingungen auch eingehalten werden.

Herr Quade regt an, bei der nächsten SEP die Errichtung eines Schulzentrums im südlichen Bereich in Erwägung zu ziehen. Er meint, es wird zu zentralistisch gedacht und nur in größeren Städten gebaut. Der ländliche Raum wird vergessen. Ihm erschließt sich aus dem Brandenburgischen Schulgesetz auch die Verpflichtung zur Heranziehung der LBV-Zahlen nicht.

Herr Dornquast führt aus, die Verwaltung muss grundsätzlich bei allen Planungen auf die erfassten Statistiken zurückgreifen. Es ist möglich Schulzentren zu bilden, was aber an bestimmte Bedingungen gebunden ist. Es muss ein Standort sein, an dem Grundschule und weiterführende Schule örtlich beieinander liegen. Im ländlichen Bereich spricht insbesondere die Entfernung dagegen, da die Grundschüler*innen nicht im Rahmen der zumutbaren Zeit den Schulstandort erreichen. Er weist auf die große Entfernung zwischen den Standorten Jüterbog, Dahme, Baruth und Luckenwalde hin. Er erklärt, wenn aus anderen Bereichen Schüler*innen abgezogen werden, könnte es deren Schulen an die Existenzgrenze bringen. Der Aufwuchs ist im Süden bei Weitem nicht so hoch wie im Norden. Er erinnert an das Schließen von Schulen vor einigen Jahren.

Herr Quade als Vorsitzender des Kreisschulbeirats würde es begrüßen, dass auch die Zahlen der Kommunen genutzt werden und somit eine Anpassung nach oben realisiert wird. Er schlägt eine Verkürzung der Anpassung der SEP auf drei Jahre vor.

Herr Ferdinand weist als Kämmerer auf die Kosten auf S. 108 und 209 hin, wo ein deutlicher Anstieg der Schulkostenbeiträge zu erkennen ist. Er erklärt, 2,5 – 3,0 Mio. € bedeuten ein Prozent Kreisumlage, die erst einmal erwirtschaftet werden müssen. Angesichts der enormen Dynamik der Kostenentwicklung in diesem Bereich wird es eine große Diskussion mit den Kommunen und auch innerhalb des Kreistages geben.

Frau Walbrach hält die Zahlen für zu gering. Sie findet es sehr bedenklich, dass der Lehrerschlüssel anhand dieser Zahlen berechnet wird. Sie bittet Herrn Dornquast um Darstellung der nächsten Schritte.

Herr Dornquast erläutert, zeitnah werden die Detailabstimmungen mit den Kommunen zu diesen Prognosezahlen vorgenommen. Die ermittelten Zahlen stellen einen Rahmen der Entwicklung dar. Er stellt klar, dass diese Planung nicht dreijährlich durch die Verwaltung geleistet werden kann.

Frau Walbrach beendet die Sitzung des Ausschusses und wünscht allen eine schöne Heimfahrt.

Luckenwalde, d. 10.02.2022

Nadine Walbrach

Die Vorsitzende